

## Antrag

der Abgeordneten Kay Gottschalk, Bernd Schattner, Jörn König, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Dr. Michael Esendiller, Sebastian Münzenmaier, Uwe Schulz, Kay-Uwe Ziegler, Jan Wenzel Schmidt, Carolin Bachmann, René Bochmann, Dr. Michael Kaufmann und der Fraktion der AfD

### Eine Alternative zum Industriestrompreis schaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die seit Jahren verschleppte Banken-, Staatsschulden- und Währungskrise und die selbst verursachten Energiepreissteigerungen befindet sich Deutschland derzeit in einer Stagflation (Inflation und wirtschaftliche Stagnation zugleich) und läuft sogar in eine Rezession. Die hohen Energiepreise und sich verschlechternden wirtschafts- und geopolitischen Rahmenbedingungen nötigen viele Unternehmen dazu, ihre Produktion ins Ausland, u. a. in die USA oder China<sup>1</sup>, zu verlagern.<sup>2</sup> Damit gehen in Deutschland Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren.<sup>3</sup> Die Wertschöpfung und das Wachstum der Wirtschaft schwinden.<sup>4</sup>

Es setzen negative Multiplikatoreffekte<sup>5</sup> auf andere Sektoren der Wirtschaft ein. Verschwinden gut bezahlte Industriearbeitsplätze und die damit einhergehende Wertschöpfung, sinkt das verfügbare Einkommen und das Steuersubstrat. Gibt es keinen Ersatz für die verlorene Wertschöpfung, geht die ökonomische Aktivität zurück.<sup>6</sup> Der im Zuge des Ukrainekriegs eingeleitete Wirtschaftskrieg gegen Russland verschärft diese Entwicklung.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> [www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/deindustrialisierung-sterbende-branchen-li.385432](http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/deindustrialisierung-sterbende-branchen-li.385432),  
[www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/deindustrialisierung-wirtschaft-abwanderung-der-deutschen-industrie-das-ist-ein-neuer-schlag-in-die-magengrube-li.368676](http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/deindustrialisierung-wirtschaft-abwanderung-der-deutschen-industrie-das-ist-ein-neuer-schlag-in-die-magengrube-li.368676)

<sup>2</sup> [www.focus.de/finanzen/news/eu-geheimpapier-jedes-vierte-deutsche-unternehmen-erwaegt-verlagerung-ins-ausland\\_id\\_187688562.html](http://www.focus.de/finanzen/news/eu-geheimpapier-jedes-vierte-deutsche-unternehmen-erwaegt-verlagerung-ins-ausland_id_187688562.html)

<sup>3</sup> [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/05/2023-05-11-ergebnisse-der-164-steuerschaetzung.html#](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/05/2023-05-11-ergebnisse-der-164-steuerschaetzung.html#)

<sup>4</sup> [www.focus.de/finanzen/hohe-energiepreise-und-standortnachteile-experte-sieht-schleichende-abwanderung-deutscher-unternehmen\\_id\\_192875749.html](http://www.focus.de/finanzen/hohe-energiepreise-und-standortnachteile-experte-sieht-schleichende-abwanderung-deutscher-unternehmen_id_192875749.html)

<sup>5</sup> [www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20147/multiplikatoreffekt/](http://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20147/multiplikatoreffekt/)

<sup>6</sup> [www.ifo.de/DocDL/ifosd\\_2014\\_14\\_1.pdf](http://www.ifo.de/DocDL/ifosd_2014_14_1.pdf),  
[www.nzz.ch/deutschland/der-fall-deutschland/ld.1754100](http://www.nzz.ch/deutschland/der-fall-deutschland/ld.1754100)

<sup>7</sup> [www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/iw-studie-corona-und-ukraine-krieg-kosten-deutsche-wirtschaft-420-milliarden-euro/28783044.html](http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/iw-studie-corona-und-ukraine-krieg-kosten-deutsche-wirtschaft-420-milliarden-euro/28783044.html),  
[www.derstandard.de/story/2000144025282/droht-in-europa-eine-deindustrialisierung](http://www.derstandard.de/story/2000144025282/droht-in-europa-eine-deindustrialisierung)

Welch fatale sozioökonomische Folgen<sup>8</sup> abrupte Transformationen der Wirtschaftsstruktur mit sich bringen können, ist heute leider noch gut in Teilen des Ruhrgebietes<sup>9</sup>, in Mitteldeutschland oder auch im „Rustbelt“ der USA<sup>10</sup> zu beobachten: Prekarisierung, Überalterung, Geburtenrückgang, fiskalische Überlastung etc. sind die Folgen.<sup>11</sup>

Als Hauptgrund für die stetige Abwanderung der Industrie werden die hohen Energiekosten angesehen, die Deutschland im internationalen Vergleich ins Hintertreffen geraten lassen. Ein weiterer Grund für die Verlagerung der Produktion ist die hohe Steuerlast und die überbordende Bürokratisierung.<sup>12</sup>

Im globalen Wettbewerb der Großregionen werben die USA und China<sup>13</sup> durch relativ niedrige Energiepreise, niedrige oder niedrig gestaltbare Steuern, geringe und pragmatische Bürokratie und zum Teil auch durch erhebliche Subventionen für strategisch wichtige Unternehmen bzw. Teile von deren Wertschöpfungsstufen aus Deutschland und anderen Teilen der Welt ab.<sup>14</sup> Dies tun sie zum einen aus dem Grund, sich für einen geopolitischen Systemwettbewerb resilient aufzustellen (Abbau von Abhängigkeitsrisiken<sup>15</sup> zum Zwecke der Wirtschaftskriegsfähigkeit<sup>16</sup>), zum anderen aber auch einfach wirtschaftspolitisch motiviert, um Wirtschaftswachstum zu sichern und den eigenen Wirtschaftsstandort zu bevorzugen.<sup>17</sup>

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es zielführend, ohne Subventionen alle Unternehmen in Deutschland zu entlasten. Entsprechend ist eine Alternative zum Industriestrompreis notwendig.<sup>18</sup>

---

<sup>8</sup> <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-004.pdf>

<sup>9</sup> [www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/13/beitrag/das-ruhrgebiet-der-anhaltende-industrielle-strukturwandel-im-spiegel-der-regionalpolitik.html](http://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/13/beitrag/das-ruhrgebiet-der-anhaltende-industrielle-strukturwandel-im-spiegel-der-regionalpolitik.html)

<sup>10</sup> [www.srf.ch/news/international/der-rust-belt-der-usa-warten-auf-das-wirtschaftswunder#:~:text=Im%20Rust%20Belt%20verrotten%20leere,und%20in%20Tieflohn%20DL%C3%A4nder%20abwanderte](http://www.srf.ch/news/international/der-rust-belt-der-usa-warten-auf-das-wirtschaftswunder#:~:text=Im%20Rust%20Belt%20verrotten%20leere,und%20in%20Tieflohn%20DL%C3%A4nder%20abwanderte)

<sup>11</sup> [www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47137/strukturwandel-nach-entindustrialisierung/](http://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47137/strukturwandel-nach-entindustrialisierung/),

[www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/deutschland-angst-deindustrialisierung-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/deutschland-angst-deindustrialisierung-100.html)

<sup>12</sup> [www.nzz.ch/wirtschaft/buerokratie-deutschland-politiker-misstrauen-den-buergern-ld.1749103?reduced=true](http://www.nzz.ch/wirtschaft/buerokratie-deutschland-politiker-misstrauen-den-buergern-ld.1749103?reduced=true),

[www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/kabinettsklausur-meseberg-kein-plan-gegen-buerokratie-irrsinn-ld.1753918?reduced=true](http://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/kabinettsklausur-meseberg-kein-plan-gegen-buerokratie-irrsinn-ld.1753918?reduced=true)

<sup>13</sup> [www.swp-berlin.org/publikation/usa-und-china-auf-kollisionskurs](http://www.swp-berlin.org/publikation/usa-und-china-auf-kollisionskurs)

<sup>14</sup> [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-pa-wirtschaft-inflation-reduction-act-944710](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-pa-wirtschaft-inflation-reduction-act-944710)

<sup>15</sup> <https://klardenker.kpmg.de/derisking-statt-decoupling-ein-neuer-ansatz-gegenueber-china/>

<sup>16</sup> [www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-beyond-the-obvious-es-tobt-ein-wirtschaftskrieg-um-eine-neue-weltordnung/29071770.html](http://www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-beyond-the-obvious-es-tobt-ein-wirtschaftskrieg-um-eine-neue-weltordnung/29071770.html)

[www.capital.de/wirtschaft-politik/adam-tooze---eine-form-der-kriegserklaerung--31730206.html](http://www.capital.de/wirtschaft-politik/adam-tooze---eine-form-der-kriegserklaerung--31730206.html)

<sup>17</sup> [www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html](http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html)

<sup>18</sup> [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/konjunktur-so-wuerden-top-oekonomen-deutschlands-wirtschaft-retten/29295214.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/konjunktur-so-wuerden-top-oekonomen-deutschlands-wirtschaft-retten/29295214.html)

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

statt eines Industriestrompreises folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. den Weg für mittelständische Investitionen durch einen umfangreichen Bürokratieabbau freizumachen und hierzu ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen, welches kleine und mittelständische Unternehmen von Forderungen ihrer Kunden nach Berichts- und Auditierungspflichten unter dem Lieferkettensorgfaltpflichtengesetz ausdrücklich freistellt und dem Bestreben der Europäischen Kommission, das bestehende Lieferkettenrecht weiter zu verschärfen, entschieden entgegentritt;
2. die Energiesteuer für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle, Kraftstoffe, Pellets) auf 7 Prozent zu senken;
3. darauf hinzuwirken, dass die Stromsteuer in Deutschland auf ein Minimum reduziert wird, um die Industrie und Privathaushalte insoweit mit 6,4 Milliarden Euro zu entlasten;
4. sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene die Voraussetzungen für die Aufhebung der Stromsteuer geschaffen werden;
5. darauf hinzuwirken, dass die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin, Dieseltreibstoff sowie Gas abgeschafft und dazu das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) abgeschafft wird und dass im Europäischen Rat eine entsprechende Änderung der Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 („zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris“) erreicht wird;
6. zur Sicherstellung einer störungsfreien und kostengünstigen Energieversorgung die Planung neuer Kernkraftwerke der nächsten Generation durch Modifizierung insbesondere von § 7 und § 9 AtG voranzutreiben sowie den Betrieb von Kohlekraftwerken dauerhaft zu ermöglichen.

Berlin, den 13. Oktober 2023

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Ein Industriestrompreis von 6 Cent/kWh für ca. 2.500 Unternehmen der Großindustrie würde rund 30 Mrd. Euro finanziert aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds kosten und damit eine subventionierte Schuldenpolitik zur Folge haben.<sup>19</sup> Denn der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird von Umlagen und Steuern finanziert und deswegen würden damit der Fleischer, Bäcker oder Handwerker diese Steuersubventionen bezahlen und somit in ihren eigenen Betrieben gegenüber der Großindustrie benachteiligt werden. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur die großen Unternehmen in Deutschland, sondern auch die kleinen und mittelständischen Betriebe spürbar mit den genannten Maßnahmen entlastet werden.

Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent wäre eine kurzfristig umsetzbare Alternative zur Reduzierung der Energiesteuer, die in vergleichbarer Höhe zu einer Mindereinnahme des Bundeshaushaltes führen würde. Die Mehrwertsteuereinnahmen für Benzin bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent betragen 6,16 Mrd. Euro. Bei Diesel belaufen sich die Einnahmen auf 10,87 Mrd. Euro. Eine Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent würde zu einer Einnahme von 2,27 Mrd. Euro für Benzin und 4 Mrd. Euro für Diesel führen. Der Bundeshaushalt würde somit eine Mindereinnahme von 3,89 Mrd. Euro für Benzin und 6,86 Mrd. Euro für Diesel, insgesamt somit 10,75 Mrd. Euro, kompensieren müssen (zuzüglich geringfügiger Mehrentlastung durch den infolge der hier gegenständlichen Forderungen abgesenkten Nettobetrag).

Zusätzlich sollte das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden, da es zu einer weiteren unverhältnismäßigen Belastung der mittelständischen Wirtschaft und des Verbrauchers führt, keine sinnvolle Lenkungswirkung entfaltet und eine ideologische Richtung der Bundesregierung aufzeigt, die die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Dies würde zu einer zusätzlichen Entlastung der mittelständisch exportorientierten Wirtschaft in Höhe von 4,5 Mrd. Euro führen.

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in Deutschland sind 2022 stark gestiegen. Diese Preissteigerung trifft in erster Linie ärmere Haushalte, bei denen ein verhältnismäßig großer Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel aufgewendet wird. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel soll daher zeitlich befristet auf 0 Prozent gesenkt werden, um eine Entlastung einkommensschwacher Haushalte zu erreichen. Im Kampf gegen die Inflation hat Polen ab Februar 2022 die Mehrwertsteuer auf einige Lebensmittel komplett gestrichen. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat ein Paket von Steuersenkungen auf Benzin, Erdgas und Strom in Verbindung mit Bargeldzuwendungen auf den Weg gebracht, um der Inflation von zuletzt 7,8 Prozent zu begegnen. Auch in Deutschland sind die Lebensmittel mit zuletzt 11,2 Prozent neben den Energiekosten mit 5,7 Prozent die Inflationstreiber (Inflation Juli 2023 bei 6,2 Prozent).<sup>20</sup>

Der Strompreis für Haushalte ist – im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in Deutschland am höchsten, was auch durch Abgaben bedingt ist. Der Preis hat rasant zugenommen: Ausgehend von einem Indexwert 1998 = 100 hat Deutschland in diesem Jahr einen Indexwert von 281 erreicht. Noch rasanter ist die Entwicklung beim Industriestrompreis. Seit 1998 hat sich dieser mehr als vervierfacht. Ausgehend von einem Indexwert 1998 = 100 liegt er für 2023 bei 429.

Inzwischen sind die exorbitant gestiegenen Energiekosten und die damit einhergehenden Produktionseinschränkungen in der Industrie zum Hauptproblem des Mittelstands geworden.

Einzig und allein eine konsequente Ursachenbekämpfung ohne ideologische Tabus kann gewährleisten, dass Deutschland die Wirtschaftskrise übersteht. Dazu ist eine sichere sowie nachfragegerechte Energieversorgung des Landes durch Weiterführung von Kohle- und Kernkraftwerken sicherzustellen, um Unternehmen mit kostengünstiger Energie zu versorgen und eine Rezession bzw. Depression der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Neue bürokratische Hürden, die Unternehmen zur Abwanderung ins Ausland zwingen bzw. zur Einstellung des laufenden Betriebes führen, müssen unterbleiben.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> [www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/industrie-strompreis-energie-steuer-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/industrie-strompreis-energie-steuer-100.html)

<sup>20</sup> [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/\\_inhalt.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html)

<sup>21</sup> [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Erdgas-Strom-Durchschnittspreise/\\_inhalt.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Erdgas-Strom-Durchschnittspreise/_inhalt.html)







